

Liebe Redaktion,



die Inflation verlangt den Menschen derzeit viel ab. Nicht nur Berufspendler und Häuslebauer ächzen unter den stark gestiegenen Preisen. Jeder zweite

Deutsche (50 Prozent) gibt an, deutlich mehr Geld für das tägliche Leben ausgeben zu müssen. Jeder Neunte (11 Prozent) hat wegen der Inflation sogar Probleme, seine Lebenshaltungskosten zu bezahlen. Das hat eine aktuelle Umfrage im Auftrag der Postbank ermittelt. Im neuen Postbank Mediendienst analysieren unsere Finanzexperten die Wirtschaftslage und geben einen Ausblick auf die Preisentwicklung. Zudem erklären wir, worauf man bei einem Forward-Darlehen achten muss und was eigentlich ein Volltilgerdarlehen ist. Wir freuen uns, wenn Sie die Inhalte an Ihre Leser weitergeben.

Mit besten Grüßen

Iris Laduch

Iris Laduch

Auch die Preise für einige Lebensmittel sind in den letzten Monaten stark gestiegen



Umfrage: 7,6 Millionen Deutsche belastet Inflation stark

Aufgrund der steigenden Preise kann jeder neunte Deutsche (11 Prozent) kaum noch die Kosten für seine alltäglichen Ausgaben bestreiten, so eine aktuelle Postbank Umfrage. Ist Entspannung in Sicht?

Die Preise steigen so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr: Um 3,1 Prozent verteuerten sich Waren und Dienstleistungen 2021 im Vergleich zum Vorjahr, so die Daten des Statistischen Bundesamtes. Die Kosten für Energieprodukte explodierten regelrecht: Um 41,8 Prozent stieg der Preis von leichtem Heizöl, um 22,6 Prozent der von Kraftstoff. Die Preise von Nahrungsmitteln erhöhten sich um 3,2 Prozent. „Ein wesentlicher Preistreiber sind die sprunghaft gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise. Aber auch Probleme in den globalen Lieferketten, insbesondere infolge der Halbleiterknappheit, haben in einigen Segmenten zur Verteuerung von Waren geführt“, erklärt Dr. Marco Bargel, Kapitalmarktstrategie der Postbank.

Hart getroffen

Die Mehrheit der Deutschen bekommt die Inflation schmerzhaft zu spüren: Jeder Zweite (50 Prozent) muss derzeit deutlich mehr Geld für seine Haushaltskosten ausgeben. Jeder Neunte (11 Prozent) kann wegen der Inflation kaum noch seine Lebenshaltungskosten bezahlen – in absoluten Zahlen entspricht dies 7,6 Millionen Menschen. Von den Befragten mit einem

monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.500 Euro geraten sogar 17 Prozent wegen der steigenden Preise in finanzielle Not – von den Befragten mit einem höheren Einkommen hingegen nur sieben Prozent.

Zwei-Prozent-Ziel verfehlt

Sorgen wegen der Preisentwicklung ziehen sich quer durch alle Bevölkerungsgruppen: 44 Prozent der Befragten sind aufgrund der hohen Inflationsrate sehr beunruhigt; 43 Prozent geben an, dass sie etwas beunruhigt sind. Laut Dr. Marco Bargel ist die hohe Inflation kein kurzfristiges Phänomen: „Die Inflation ist längst nicht mehr nur eine Folge gestiegener Energie- und Rohstoffpreise sowie von Sondereffekten wie dem Ende der zeitweisen Mehrwertsteuersenkung Anfang 2021. Der Preisdruck ist mittlerweile breit angelegt. Weil wichtige Zwischenprodukte wie Halbleiter immer noch fehlen, verteuern sich viele Waren. Langfristig könnte sich zudem die Energiewende als ein nachhaltiger Preistreiber erweisen. Das Stabilitätsziel der EZB von zwei Prozent dürfte nach unserer Einschätzung daher nicht so schnell wieder erreicht werden.“

Foto: 1631 Postbank / © AndrewLozoyi



Börsenjahr 2022: Chancen nutzen!

38 Prozent* der Sparer planen, dieses Jahr Geld in Wertpapiere zu investieren, so das Ergebnis einer Postbank Umfrage. Ein guter Plan – auch 2022 stehen die Chancen gut, dass sich die Kapitalmärkte positiv entwickeln.

Auch wenn die Pandemie selbst die Börsen fest in ihrem Griff hat, stehen die Zeichen auf Wachstum: 2021 war ein glänzendes Börsenjahr, der DAX konnte ein stattliches Plus von gut 15 Prozent verzeichnen. Der Aktienindex MSCI World kletterte sogar um rund 32 Prozent in die Höhe. Auch für 2022 sind die Aussichten durchaus rosig: „Trotz Omikronwelle, steigender Zinsen und einer erhöhten Inflation sollte das konjunkturelle Umfeld für Aktien günstig bleiben. Die Privathaushalte verfügen über umfangreiche Ersparnisse und eine hohe Kaufkraft, während die Auftragsbücher der Unternehmen gut gefüllt sind“, meint Dr. Marco Bargel, Kapitalmarktstrategie der Postbank. Nach Abflauen der aktuellen Pandemiewelle prognostiziert der Experte ein deutliches Wirtschaftswachstum: „Moderat steigende Zinsen und eine erhöhte Inflation haben einer Aufwärtsbewegung an den Börsen in vergangenen Jahrzehnten nicht im Wege gestanden“, so Bargel.

Wer investiert?

38 Prozent* der Sparerinnen und Sparer wollen an dieser Entwicklung teilhaben und 2022 in Wertpapiere investieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle YouGov-Umfrage im Auftrag der Postbank. Im Detail beabsichtigen 20 Prozent, ihre

Anteile zu halten beziehungsweise ihren Sparplan unverändert fortzusetzen; 14 Prozent wollen verstärkt Wertpapiere erwerben, fünf Prozent planen, ins Wertpapiergeschäft einzusteigen. 51 Prozent der Anlegerinnen und Anleger schließen eine Investition in Wertpapiere für dieses Jahr aus, zehn Prozent sind noch unentschlossen. „Viele scheuen nach wie vor die mit einer Anlage in höher rentierliche Anlagen verbundenen Risiken. Dabei verlieren Ersparnisse, die auf einem Bankkonto zinslos angelegt werden, angesichts der stark gestiegenen Inflation in realer Rechnung immer mehr an Wert. Durch ein gut strukturiertes Anlageportfolio lassen sich auch unter Berücksichtigung der jeweiligen Risikoneigung in der Regel höhere Renditen erzielen als bei der Anlage auf einem Bankkonto“, sagt Dr. Marco Bargel.

Auf Substanz setzen

Gute Chancen rechnet der Experte derzeit Anlegerinnen und Anlegern aus, die auf sogenannte Substanzwerte setzen – das sind Anteile an großen, etablierten Unternehmen, die stabile Gewinne erwirtschaften. Im Gegensatz zu Wachstumswerten sind die Wertpapiere dieser Unternehmen in der Regel weniger großen Schwankungen ausgesetzt. Zudem zahlen sie ihren Aktionären meist eine Dividende aus, die Kursschwankungen ausgleichen kann. „Anleger sollten aber auch wachstumsstarke Technologiewerte, die von den langfristigen Trends in Richtung Energiewende und Digitalisierung profitieren, nicht aus den Augen verlieren“, sagt Bargel.

*Werte gerundet

Planen Sie, 2022 in Wertpapiere zu investieren?



Quelle: Postbank/YouGov

Basis: 1.469 Sparer



Foto: 1633 Postbank / © scannall

Umfrage: Inflation und Geldanlage

Berücksichtigen Sie die Inflation bei Ihrer Anlageentscheidung? Je höher die Preise für Produkte und Dienstleistungen klettern, desto stärker schrumpft der Wert der Rücklagen, die im Spar-schwein, auf dem Giro- oder Tagesgeldkonto liegen. „Um Ersparnisse vor Wertverlust zu schützen, muss die Rendite, die das angelegte Geld abwirft, höher sein als die Preissteigerungsrate“, erklärt Katrin Chrambach von der Postbank. Im aktuellen Niedrigzinsumfeld ein recht anspruchsvolles Unterfangen, da die Verzinsung der meisten Sparkonten gegen null tendiert. Dennoch sind 30 Prozent der Sparerinnen und Sparer davon überzeugt, dass ihr Geld „inflationssicher“ angelegt ist, und belassen es deshalb dort, wo es ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle YouGov-Umfrage im Auftrag der Postbank. 17 Prozent der Befragten planen, ihre Ersparnisse auf gewinnbringende Anlageformen umzuschichten. Ebenfalls 17 Prozent geben an, dass es sich für sie nicht lohnt, ihre derzeitige Geldanlagestrategie zu ändern. 16 Prozent der Sparerinnen und Sparer sind ratlos, wie sie ihr Geld gewinnbringend anlegen können. Zwölf Prozent sind die Effekte der Preissteigerungen schlicht egal. „Um Renditen jenseits der Inflationsrate zu erzielen, müssen Sparerinnen und Sparer im derzeitigen Zinsumfeld ein Anlagerisiko in Kauf nehmen und einen Teil ihrer Ersparnisse langfristig anlegen – zum Beispiel in einem breit gestreuten Investment- oder Indexfonds“, rät die Postbank Expertin.

Kryptowährung auf dem Vormarsch

Die Zahl der Sparerinnen und Sparer, die Geld in Kryptowährung anlegt, hat sich binnen eines Jahres verdoppelt, so die Ergebnisse einer Postbank Vergleichsumfrage: Während 2021 nur drei Prozent der Befragten angaben, Geld in digitale Währungen zu investieren, sind es heute bereits sieben Prozent. „Einige Kryptowährungen konnten in der Vergangenheit fantastische Wachstumsraten verzeichnen – allerdings auch beispiellose Kursabstürze. Dies macht digitale Währungen zu hochspekulativen Anlageobjekten mit einem erheblichen Verlustrisiko“, meint Katrin Chrambach von der Postbank. Vor allem junge Anlegerinnen und Anleger tauschen Geld in digitale Währungen: Laut Postbank Umfrage handeln unter den 25- bis 34-Jährigen 17 Prozent und unter den 18- bis 24-Jährigen zwölf Prozent mit Bitcoin, Ether und Co. „Menschen, die von Kindheit an mit digitalen Technologien aufgewachsen sind, stehen digitalen Produkten in der Regel viel aufgeschlossener gegenüber als viele Ältere“, erklärt Katrin Chrambach. Auch Männer zeigen eine erhöhte Affinität zu Kryptowährungen: Während bei den männlichen Befragten neun Prozent Geld in Digitalwährung anlegen, sind es bei den Frauen nur drei Prozent.

Foto: 1634 Postbank / © Dusan Zidar



Entlastung bei den Pflegekosten

Bewohner eines Pflegeheims erhalten seit Anfang des Jahres mehr finanzielle Unterstützung vom Staat. Je länger die Betroffenen im Pflegeheim leben, desto höher der Zuschuss. Ein Überblick.

Pflegebedürftigkeit im Alter ist ein Thema, das gerne ausgeblendet wird. Kaum jemand möchte sich damit auseinandersetzen, dass er am Ende seines Lebens auf professionelle Hilfe angewiesen ist, vielleicht sogar rund um die Uhr. Das Leben in einer vollstationären Pflegeeinrichtung ist teuer, Betroffene müssen einen erheblichen Anteil selbst stemmen. Der „Eigenanteil“ beläuft sich – je nach Region und Einrichtung – auf 1.500 bis 2.500 Euro im Monat. Eine Tatsache, die vielen Deutschen nicht bekannt ist: 43 Prozent gehen davon aus, dass die gesetzliche Pflegeversicherung die vollen Kosten für einen vollstationären Pflegeplatz übernimmt, wie eine Postbank Umfrage ermittelt hat. Die Pflegeversicherung zahlt allerdings nur einen Teil der Rechnung, die Höhe des „Leistungsbeitrags“ ist abhängig vom Pflegegrad. Die gute Nachricht: Dank Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) übernimmt der Staat seit Anfang 2022 weitere Teile der Pflegekosten.

Belastung weiterhin hoch

Je länger eine Person im Heim lebt, desto höher der Zuschuss zum Pflegeanteil:

- 5 Prozent im ersten Jahr
- 25 Prozent im zweiten Jahr
- 45 Prozent im dritten Jahr
- 70 Prozent ab dem vierten Jahr

Betroffene müssen keinen Antrag stellen, um den Zuschuss zu erhalten, die Pflegeeinrichtungen

rechnen ihn automatisch ab. „Die staatliche Unterstützung bezieht sich ausschließlich auf die Pflegekosten“, erklärt Katrin Chrambach von der Postbank. „Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitions- und Ausbildungskosten müssen pflegebedürftige Personen weiterhin vollständig allein tragen.“ Sie variieren stark – je nach Einrichtung und Region. Wichtig zu wissen: „Um den Eigenanteil zu bezahlen, müssen Pflegebedürftige nicht nur ihre Rente, sondern auch vorhandene Ersparnisse und Vermögenswerte einsetzen. Dazu zählt beispielsweise Wohneigentum, das unter Umständen verkauft werden muss, um mit dem Erlös die Heimkosten zu decken“, so die Postbank Expertin.

Besser vorsorgen

Es lohne sich daher, frühzeitig Rücklagen zu bilden. „Ob sich eine Zusatzversicherung oder der private Vermögensaufbau besser für die Absicherung des Pflegerisikos eignet, ist von der individuellen finanziellen Situation abhängig“, erläutert Katrin Chrambach. „Eine Versicherung ist für diejenigen empfehlenswert, die über ein ausreichend hohes und langfristig sicheres Einkommen verfügen, um die – gegebenenfalls steigenden – Raten zu bedienen. Für alle anderen bietet sich zum Beispiel ein Fondssparplan an, dessen Raten man flexibel anpassen oder zeitweise aussetzen kann.“



Strategien bei klammer Kasse

Immer weniger Menschen verdienen genug, um über die Runden zu kommen, so eine aktuelle Postbank Umfrage. Die Corona-Krise und die steigende Inflation tragen dazu bei. Wer folgende Tipps beherzigt, kann eine finanzielle Durststrecke leichter überstehen.

Vor zehn Jahren gaben noch 86 Prozent der Deutschen an, dass ihr Haushaltseinkommen ausreicht, um eigene und die Bedürfnisse ihrer Familie zu finanzieren. Heute liegt dieser Anteil nur noch bei 77 Prozent, so das Ergebnis einer YouGov-Vergleichsumfrage im Auftrag der Postbank. „Im Zuge der Corona-Krise erlitten viele Menschen Einkommenseinbußen, da Betriebe zeitweilig schließen mussten oder nur eingeschränkt öffnen konnten. Zudem belasten die stark steigenden Preise für Energie und Lebensmittel derzeit die Budgets“, erläutert Iris Laduch von der Postbank die Hintergründe. Laut Umfrage können wegen der Preissteigerungen elf

Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger kaum noch ihre Lebenshaltungskosten bezahlen.

Überblick behalten

Wer in einen finanziellen Engpass gerät, sollte zunächst sicherstellen, dass er seine Finanzen genau im Blick hat. Das konsequente Führen eines Haushaltsbuchs kann Sparpotenziale aufzeigen und verhindern, dass man sich mit seinen Ausgaben übernimmt. Das funktioniert auch ohne Zettel und Stift. Online-Banking-Apps wie der „Finanzassistent“ ordnen Einnahmen und Ausgaben automatisch bestimmten Kategorien zu, die der Kunde oder die Kundin selbst anpassen kann – zum Beispiel



Haushalt, Versicherung und Freizeit. Den Kategorien lassen sich Budgets zuweisen. Eine Ampel zeigt laufend an, wie viel Budget noch verfügbar ist, und schaltet von Grün über Gelb nach Rot, sobald es überschritten wird.

Keine Scheu...

Wird das Geld knapp, sollte man nicht zögern und sich erkundigen, ob Anspruch auf staatliche Hilfeleistungen besteht. Im Zuge der Corona-Krise wurden zahlreiche Angebote geschaffen, um zum Beispiel Familien oder Selbstständigen durch die Krise zu helfen. Detaillierte Informationen zu aktuellen Leistungen stellen die Bundesregierung und die jeweiligen Landesregierungen auf ihren Webseiten bereit. Studierende, die in finanzielle Not geraten, sollten die Überbrückungshilfe der KfW prüfen, die einen Förderkredit anbietet.

Die Corona-Krise bringt viele Menschen an den Rand der Belastungsgrenze – auch finanziell

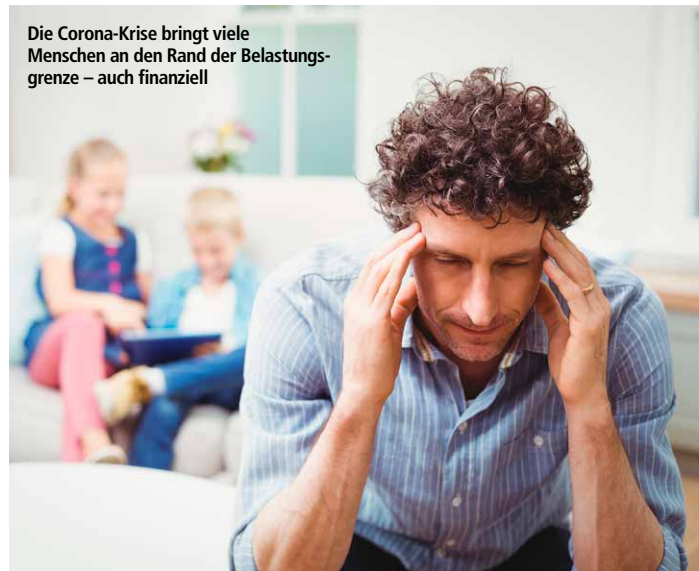


Foto: 1636 Postbank/© WavebreakMediaMicro

... vor Hilfsangeboten

„Bankkunden, die Probleme haben, ihre Kreditraten zu bedienen, sollten umgehend das Gespräch mit ihrer Bank suchen. Je früher Zahlungsprobleme offen angesprochen werden, desto größer sind die Erfolgsaussichten, dass Kunde und Bank gemeinsam eine Lösung finden“, rät Iris Laduch. Das gilt für Ratenkredite genauso wie für Baufinanzierungen. „Altersvorsorgeverträge sollten Verbraucher nicht voreilig kündigen, sondern lieber prüfen, ob sie Beitragszahlungen zeitweilig aussetzen können. Kunden erhalten für diesen Zeitraum zwar keine eventuellen Zuschüsse und steuerlichen Vorteile und verlieren unter Umständen die Grundzulage für das aktuelle Jahr. Aber dafür können sie den Vertrag weiterführen, wenn es die finanzielle Situation wieder erlaubt“, sagt die Postbank Expertin.



Forward-Darlehen: Zinsen sichern

Foto: 1638 Postbank / © Jochen Manz

Wer sich heute die niedrigen Zinsen für seine Anschlussfinanzierung sichern will, sollte den Abschluss eines Forward-Darlehens prüfen. Mit ihm lassen sich die günstigen Kreditkonditionen bis zu fünf Jahre im Voraus festschreiben.

Dass die Zinsen für Immobilienkredite mittel- bis langfristig steigen, scheint ziemlich sicher. Klar ist aber auch – viel weiter als jetzt können die Hypothekenzinsen kaum noch sinken. Ein guter Zeitpunkt also, sich das Zinsniveau langfristig zu sichern. Hinzu kommt: Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat höhere Kapitalanforderungen für Immobilienfinanzierungen beschlossen. Ab Februar 2023 müssen Banken bei der Vergabe von Hypothekendarlehen 2,75 Prozent zusätzliches Eigenkapital vorhalten. „Diese verschärfte regulatorische Anforderung könnte die Kreditkonditionen für Immobilienkäufer verschlechtern. Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer sollten deshalb rechtzeitig ihre Anschlussfinanzierung planen“, meint Eva Grunwald von der Postbank. Eine Anschlussfinanzierung wird dann nötig, wenn die im Darlehensvertrag vereinbarte Zinsbindung ausläuft oder der Kreditvertrag per Sonderkündigungsrecht von der Kreditnehmerin oder dem Kreditnehmer gekündigt wird. Das ist frühestens zehn Jahre nach Auszahlung des gesamten Darlehensbetrags möglich.

Wette auf die Zinsentwicklung

Durch den Abschluss eines Forward-Darlehens können Bankkunden sich die derzeit günstigen Konditionen sichern. Zins, Kreditsumme, Ratenhöhe und

sonstige Details werden für einen neuen Zeitraum festgeschrieben. Für diese Sicherheit müssen Bankkundinnen und Bankkunden allerdings einen Zinsaufschlag in Kauf nehmen, der aktuell bei circa 0,15 Prozentpunkten für eine zweijährige und bis zu 0,9 Prozentpunkten für eine fünfjährige Vorlaufzeit liegt. „Ein Forward-Darlehen lohnt sich besonders dann, wenn in den nächsten Jahren deutlich steigende Zinsen erwartet werden“, sagt Eva Grunwald. „Aber auch wenn die Zinsen zukünftig auf dem aktuellen Niveau verharren oder sogar noch weiter sinken, muss das Darlehen zum vereinbarten Zinssatz in Anspruch genommen werden.“

Kurzfristig lohnt sich nicht

„Läuft die Zinsbindung in einem Jahr oder weniger aus, lohnt sich der Abschluss eines Forward-Darlehens meist nicht – dann reicht eine ganz normale Anschlussfinanzierung“, rät Eva Grunwald von der Postbank. In der aktuellen Situation sollte der Kunde selbst aktiv werden und circa sechs Monate vor Ablauf der Festschreibung auf die Bank zugehen. „Für einen nicht abgerufenen Immobilienkredit werden in der Regel nach drei bis sechs Monaten Bereitstellungszinsen von 0,25 Prozent fällig. Manche Banken verzichten im Falle einer Anschlussfinanzierung sogar ganz auf die Bereitstellungszinsen.“



Lieber keine Überraschungen: Volltilgerdarlehen

Baufamilien, die sich für ein Volltilgerdarlehen entscheiden, schließen jegliches Zinsrisiko für die Zukunft aus. Sie sichern sich die niedrigen Zinsen für die gesamte Laufzeit des Darlehensvertrags. Eine Sicherheit, die man sich allerdings leisten können muss.

Auch wenn die Bauzinsen leicht nach oben tendieren, bewegen sie sich immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Ob dies mittel- bis langfristig so bleibt, darüber lässt sich nur spekulieren. Um sich die günstigen Zinsen zu sichern, liebäugeln viele Immobilienkäuferinnen und -käufer derzeit mit dem Abschluss eines sogenannten Volltilgerdarlehens. Bei einem solchen Kredit sind Zinsbindung und Laufzeit identisch. Am Ende der vereinbarten Laufzeit ist das Darlehen vollständig zurückgezahlt. „Da die Belastung von Zins und Tilgung bis zur vollständigen Rückzahlung des Darlehens gleich bleibt, haben Kreditnehmer größtmögliche Planungssicherheit“, beschreibt Eva Grunwald von der Postbank die Vorteile dieser Finanzierung. Ein weiterer Pluspunkt: Oftmals gewähren Banken bei Volltilgerdarlehen einen Zinsnachlass, dessen Höhe aber von der gewählten Laufzeit abhängig ist. Bei einem Sollzinssatz von zwei Prozent liegt der Tilgungssatz beispielsweise bei 2,44 Prozent, wenn der Immobilienkredit nach 30 Jahren vollständig getilgt werden soll.

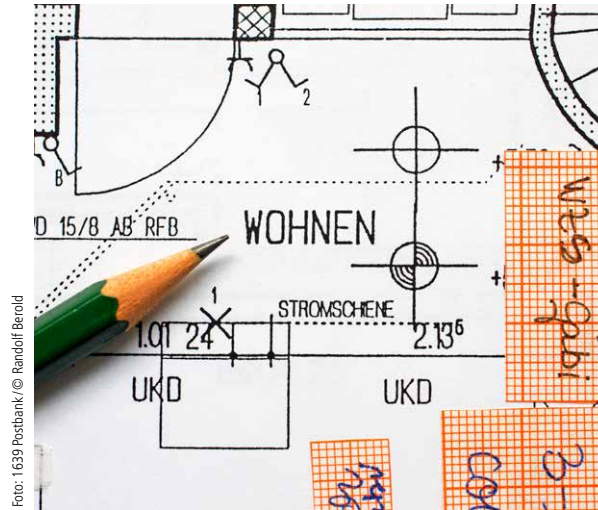


Foto: 1639 Postbank / © Randoif Berold

Wenig flexibel

Ein Volltilgerdarlehen ist perfekt durchgeplant. Es eignet sich für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer, die sich sicher sind, dass sie die Kreditbelastung dauerhaft stemmen können. „Die Höhe der Raten kann in der Regel nicht durch Änderung des Tilgungssatzes angepasst werden“, so Eva Grunwald. „Zudem sind Sondertilgungen meist ausgeschlossen.“ Nach zehn Jahren steht Kreditnehmerinnen und Kreditnehmern aber auch beim Volltilgerdarlehen ein Sonderkündigungsrecht zu. Das heißt, dass die restliche Darlehenssumme durch einen neuen Kreditvertrag abgelöst werden kann, ohne dass eine Vorfälligkeitsentschädigung gezahlt werden muss.

Eigenkapital ist Pflicht

Ein Volltilgerdarlehen darf übrigens nicht mit einer Vollfinanzierung verwechselt werden. Bei Letzterer wird der gesamte Kaufpreis einer Immobilie per Darlehen finanziert. Eine Option, die in der Regel nur für vermögende Investoren infrage kommt. Für ein Volltilgerdarlehen gelten hingegen dieselben Eigenkapitalanforderungen wie für ein „normales“ Annuitätendarlehen: In der Regel verlangen Banken, dass Immobilienkäuferinnen und -käufer mindestens 20 Prozent der Gesamtkosten aus eigenen Geldmitteln bezahlen. Zudem sollten sie die Kauf- und Finanzierungsnebenkosten selbst tragen können.



Besuchen Sie uns auf:



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Postbank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Tel.: 0228/920 12101
presse@postbank.de

KONZEPT UND REDAKTION

Schulz&gut.
Jennifer Weissenbacher
www.schulz-und-gut.de

GESTALTUNG

MAGAZINWERKSTATT
Claudia Mögling
www.magazinwerkstatt.de